

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXV
Verzeichnis der abgekürzten Gesetzesnovellen	XLV

Bundesgesetz vom 4. Dezember 1979 über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz – ARHG)

I. HAUPTSTÜCK Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Vorrang zwischenstaatlicher Vereinbarungen	1
§ 2. Allgemeiner Vorbehalt	2
§ 3. Gegenseitigkeit	3
§ 4. Bedingungen	5
§ 5. Kosten	6
§ 6. Vorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr ..	7
§ 7. Reisedokumente	8
§ 8. Vorbeugende Maßnahmen	8
§ 9. Anwendung der Strafprozeßordnung	9
§ 9a. Datenschutz	12

II. HAUPTSTÜCK Auslieferung aus Österreich

Vor §§ 10–25	15
--------------------	----

ERSTER ABSCHNITT Zulässigkeit der Auslieferung

§ 10. Allgemeiner Grundsatz	18
§ 11. Strafbare Handlungen, die der Auslieferung unterliegen ..	18
§ 12. Verbot der Auslieferung österreichischer Staatsbürger ..	22

Inhaltsverzeichnis

§ 13.	Vorrang der Auslieferung	23
§ 14.	Strafbare Handlungen politischen Charakters	24
§ 15.	Militärische und fiskalische strafbare Handlungen	26
§ 16.	Österreichische Gerichtsbarkeit	27
§ 17.	Gerichtsbarkeit eines dritten Staates	30
§ 18.	Verjährung	31
§ 19.	Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze; Asyl	32
§ 19.a.	Abwesenheitsurteile	40
§ 20.	Unzulässige Strafen oder vorbeugende Maßnahmen ..	43
§ 21.	Strafunmündige	45
§ 22.	Härtefälle	46
§ 23.	Spezialität der Auslieferung	50
§ 24.	Auslieferungsersuchen mehrerer Staaten	52
§ 25.	Ausfolgung von Gegenständen	53

ZWEITER ABSCHNITT Zuständigkeit und Verfahren

§ 26.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	55
§ 27.	Fahndung	56
§ 28.	Anbot der Auslieferung	58
§ 29.	Auslieferungshaft	60
§ 30.	Behandlung einlangender Ersuchen	65
§ 31.	Verfahren über die Zulässigkeit der Auslieferung	66
§ 32.	Vereinfachte Auslieferung	70
§ 33.	Prüfung des Auslieferungsersuchens durch das Gericht ..	73
§ 34.	Bewilligung und Ablehnung der Auslieferung	76
§ 35.	Unterlagen	78
§ 36.	Übergabe	79
§ 37.	Aufschub der Übergabe	81
§ 38.	Vorläufige Übergabe	83
§ 39.	Wiederaufnahme des Auslieferungsverfahrens	84
§ 40.	Nachträgliches Auslieferungsverfahren	86
§ 41.	Verfahren bei der Ausfolgung von Gegenständen	88

III. HAUPTSTÜCK Durchlieferung

ERSTER ABSCHNITT Zulässigkeit

§ 42.	Allgemeiner Grundsatz	89
§ 43.	Zulässigkeit der Durchlieferung	90
§ 44.	Verbot der Durchlieferung österreichischer Staatsbürger	90
§ 45.	Österreichische Gerichtsbarkeit	91
§ 46.	Benützung des Luftweges	92

ZWEITER ABSCHNITT Zuständigkeit und Verfahren

§ 47.	Entscheidung	92
§ 48.	Unterlagen	93
§ 49.	Übergabe	94

IV. HAUPTSTÜCK Rechtshilfe für das Ausland

ERSTER ABSCHNITT Voraussetzungen

§ 50.	Allgemeiner Grundsatz	95
§ 51.	Unzulässigkeit der Rechtshilfe	97
§ 52.	Übersendung von Gegenständen und Akten	100
§ 53.	Vorladungen	101
§ 54.	Überstellung verhafteter Personen zu Beweiszwecken	103

ZWEITER ABSCHNITT Zuständigkeit und Verfahren

§ 55.	Zuständigkeit zur Erledigung eines Rechtshilfeersuchens	104
§ 56.	Unterlagen	108
§ 57.	Ablehnung der Rechtshilfe; Unzuständigkeit	110
§ 58.	Anzuwendende Verfahrensvorschriften	110
§ 58 a.	Zustimmung zur Datenweiterleitung	111
§ 59.	Zulassung ausländischer Organe und am Verfahren Beteiligter zu Rechtshilfehandlungen	112
§ 59 a.	Datenübermittlung ohne Ersuchen	114

Dritter Abschnitt Besondere Ermittlungsmaßnahmen

§ 59 b. Kontrollierte Lieferung	115
§ 59 c. Verdeckte Ermittlungen	118

V. HAUPTSTÜCK

Übernahme der Strafverfolgung und der Überwachung; Vollstreckung ausländischer strafgerichtlicher Entscheidungen

ERSTER ABSCHNITT Übernahme der Strafverfolgung

§ 60. Zuständigkeit und Verfahren	120
---	-----

ZWEITER ABSCHNITT Übernahme der Überwachung

§ 61. Voraussetzungen	123
§ 62. Überwachungsmaßnahmen	125
§ 63. Zuständigkeit und Verfahren	125

DRITTER ABSCHNITT Vollstreckung ausländischer strafgerichtlicher Entscheidungen

§ 64. Voraussetzungen	127
§ 65. Inländische Vollstreckungsentscheidung	131
§ 66. Behandlung einlangender Ersuchen	133

Zuständigkeit und Verfahren

§ 67. Entscheidung	135
--------------------------	-----

VI. HAUPTSTÜCK

Erwirkung der Auslieferung, der Durchlieferung, der Ausfolgung, der Rechtshilfe sowie der Übernahme der Strafverfolgung, der Überwachung und der Vollstreckung

ERSTER ABSCHNITT

Erwirkung der Auslieferung, der Durchlieferung und der Ausfolgung

§ 68.	Zuständigkeit und Verfahren	138
§ 69.	Erwirkung der Auslieferungshaft	140
§ 70.	Spezialität der Auslieferung	141

ZWEITER ABSCHNITT

Erwirkung der Rechtshilfe

§ 71.	Voraussetzungen und Verfahren	145
§ 71 a.	Ersuchen an Private	147
§ 72.	Vorladung von Personen aus dem Ausland	148
§ 73.	Überstellung verhafteter Personen zu Beweiszwecken	151

DRITTER ABSCHNITT

Erwirkung der Übernahme der Strafverfolgung, der Überwachung sowie Vollstreckung inländischer strafgerichtlicher Verurteilungen im Ausland

§ 74.	Erwirkung der Übernahme der Strafverfolgung	151
§ 75.	Erwirkung der Überwachung	154
§ 76.	Erwirkung der Vollstreckung	155

VII. HAUPTSTÜCK

Gemeinsame Ermittlungsgruppen

§ 76 a.	Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe im Inland	159
§ 76 b.	Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe im Ausland	161

VIII. HAUPTSTÜCK

Schlußbestimmungen

§ 77.	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	162
§ 78.	Vollziehungsklausel	163
Art XXV.	Übergangsbestimmung	163

Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der EU

(Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – EU-JZG)

I. Hauptstück

Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Anwendungsbereich	164
§ 2. Begriffsbestimmungen	165

II. Hauptstück

Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten

Erster Abschnitt

Allgemeine Voraussetzungen

§ 3. Grundlagen	171
§ 4. Anwendungsbereich des Europäischen Haftbefehls	172

Zweiter Abschnitt

Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

§ 5. Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls gegen österreichische Staatsbürger	177
§ 5 a. Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls gegen Unionsbürger	181
§ 6. Österreichischer Tatort	185
§ 7. Österreichische Gerichtsbarkeit	186
§ 8. Entscheidungen dritter Staaten oder internationaler Gerichte	189
§ 9. Strafunmündige	193
§ 10. Verjährung und Amnestie	194
§ 11. Abwesenheitsurteile	195
§ 12. Fiskalische strafbare Handlungen	199

Dritter Abschnitt

Verfahren zur Bewilligung der Übergabe

§ 13. Zuständigkeit	200
§ 14. Geschäftsverkehr	200

§ 15.	Vorrang der Übergabe	202
§ 16.	Einleitung des Übergabeverfahrens	202
§ 16 a.	Rechtsbelehrung nach Festnahme	204
§ 17.	Anbot der Übergabe	206
§ 18.	Übergabehaft	208
§ 19.	Prüfung des Europäischen Haftbefehls	209
§ 20.	Vereinfachte Übergabe	215
§ 21.	Entscheidung über die Übergabe	218
§ 22.	Europäische Haftbefehle mehrerer Mitgliedstaaten	221
§ 23.	Zusammentreffen eines Europäischen Haftbefehls mit einem Auslieferungsersuchen	223
§ 24.	Durchführung der Übergabe	225
§ 25.	Aufschub der Übergabe	228
§ 26.	Bedingte Übergabe	230
§ 27.	Wiederaufnahme des Übergabeverfahrens	232
§ 28.	Kosten	234

Vierter Abschnitt Erwirkung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

§ 29.	Fahndung	235
§ 30.	Inhalt und Form des Europäischen Haftbefehls	238
§ 30 a.	Recht auf einen Verteidiger	239
§ 31.	Spezialität und weitere Übergabe oder Weiterlieferung ..	240

FÜNFTER ABSCHNITT Durchlieferung

§ 32.	Zulässigkeit der Durchlieferung	246
§ 33.	Durchlieferung österreichischer Staatsbürger	247
§ 34.	Durchlieferungsunterlagen	248
§ 35.	Entscheidung über die Durchlieferung	249
§ 36.	Erwirkung der Durchlieferung	249
§ 37.	Kosten der Durchlieferung	251
§ 38.	Verhältnis zu sonstigen internationalen Verpflichtungen	251

III. Hauptstück

Anerkennung und Vollstreckung justizieller Entscheidungen

Erster Abschnitt

Vollstreckung ausländischer Freiheitsstrafen und vorbeugender Maßnahmen

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung von Urteilen anderer Mitgliedstaaten

§ 39. Voraussetzungen	252
§ 40. Unzulässigkeit der Vollstreckung	257
§ 40 a. Zuständigkeit	267
§ 41. Haft zur Sicherung der Vollstreckung	268
§ 41 a. Verfahren	270
§ 41 b. Entscheidung	275
§ 41 c. Aufschub der Entscheidung über die Vollstreckung	278
§ 41 d. Fristen für die Entscheidung	279
§ 41 e. Spezialität	280
§ 41 f. Einstellung der Vollstreckung	283
§ 41 g. Verständigung des Ausstellungsstaats	284
§ 41 h. Kosten	285
§ 41 i. Durchbeförderung	286
§ 41 j. Fälle des Europäischen Haftbefehls	287

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat

Vor §§ 42–42g	289
§ 42. Voraussetzungen	291
§ 42 a. Rolle des Anstaltsleiters	294
§ 42 b. Befassung eines anderen Mitgliedstaats	295
§ 42 c. Widerruf der Befassung	302
§ 42 d. Vollstreckung im Inland	304
§ 42 e. Durchführung der Überstellung	306
§ 42 f. Zustimmung zur Verfolgung, Verurteilung oder Strafvollstreckung wegen weiterer Straftaten	308
§ 42 g. Erwirkung der Durchbeförderung	310
§ 43, 44. [entfallen]	311

Zweiter Abschnitt

Vollstreckung von Sicherstellungsentscheidungen der Mitgliedstaaten

Vor §§ 45–51 EU-JZG	311
§ 45. Voraussetzungen	315
§ 46. Zuständigkeit und Verfahren	322
§ 47. Ablehnung der Vollstreckung	327
§ 48. Aufschub der Vollstreckung	335
§ 49. Dauer der Beschlagnahme oder Sicherstellung	337
§ 50. Verständigungspflicht	338
§ 51. Geschäftsweg und Übersetzung	339

Dritter Abschnitt

Vollstreckung vermögensrechtlicher Anordnungen

Vor §§ 52–52n EU-JZG	341
----------------------------	-----

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 52. Voraussetzungen	344
§ 52 a. Unzulässigkeit der Vollstreckung	345
§ 52 b. Zuständigkeit	362
§ 52 c. Verfahren	363
§ 52 d. Entscheidung	368
§ 52 e. Aufschub der Vollstreckung	372
§ 52 f. Vermögensrechtliche Anordnungen mehrerer Mitgliedstaaten	374
§ 52 g. Erlös aus der Vollstreckung	376
§ 52 h. Einstellung der Vollstreckung	378
§ 52 i. Verständigung des Entscheidungsstaates	378
§ 52 j. Kosten	380

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 52 k. Befassung eines anderen Mitgliedstaates	381
§ 52 l. Übermittlung einer vermögensrechtlichen Anordnung an mehrere Vollstreckungsstaaten	383
§ 52 m. Vollstreckung im Inland	385
§ 52 n. Verständigung des Vollstreckungsstaates	385

Inhaltsverzeichnis

Vierter Abschnitt

Vollstreckung von Geldsanktionen

Vor §§ 53–53m EU-JZG	386
----------------------------	-----

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 53. Voraussetzungen	389
§ 53 a. Unzulässigkeit der Vollstreckung	395
§ 53 b. Zuständigkeit	409
§ 53 c. Verfahren	412
§ 53 d. Entscheidung	417
§ 53 e. Aufschub der Vollstreckung	422
§ 53 f. Erlös aus der Vollstreckung	424
§ 53 g. Ersatzfreiheitsstrafe	425
§ 53 h. Einstellung der Vollstreckung	425
§ 53 i. Verständigung des Entscheidungsstaates	426
§ 53 j. Kosten	427

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 53 k. Befassung eines anderen Mitgliedstaates	428
§ 53 l. Widerruf der Befassung	431
§ 53 m. Vollstreckung im Inland	432
§ 54. [aufgehoben samt Überschrift durch BGBl I 2011/134]	433

IV. Hauptstück

Europäische Ermittlungsanordnung, Rechtshilfe und sonstige Zusammenarbeit in Strafsachen

Erster Abschnitt Europäische Ermittlungsanordnung

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung

§ 55. Voraussetzungen	433
§ 55 a. Unzulässigkeit der Vollstreckung	435
§ 55 b. Rückgriff auf eine andere Ermittlungsmaßnahme	444
§ 55 c. Zuständigkeit	446
§ 55 d. Verfahren	448

§ 55 e. Entscheidung über die Vollstreckung	451
§ 55 f. Durchführung	455
§ 55 g. Überstellung inhaftierter Personen	455
§ 55 h. Durchführung einer Vernehmung mittels technischer Einrichtung zur Wort- und Bildübertragung oder im Wege einer Telefonkonferenz	459
§ 55 i. Durchführung einer kontrollierten Lieferung	460
§ 55 j. Verständigungspflichten	460
§ 55 k. Mitwirkung ausländischer Organe und am Verfahren Beteiligter bei der Vollstreckung	461
§ 55 l. Übermittlung der Ermittlungsergebnisse und Beweismittel	463
§ 55 m. Kosten	466

Zweiter Unterabschnitt Erwirkung der Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung

§ 56. Befassung eines anderen Mitgliedstaats	466
§ 56 a. Verständigung	473
§ 56 b. Nachträgliche Unzulässigkeit im Vollstreckungsstaat	474

Zweiter Abschnitt Rechtshilfe und sonstige Zusammenarbeit in Strafsachen

Erster Unterabschnitt Grundsätze

§ 57. Voraussetzungen	474
§ 57 a. Zustimmung zur Übermittlung von Daten und Ergebnissen einer Ermittlung durch die Sicherheitsbehörden oder Finanzstrafbehörden	478
§§ 58 und 59. [aufgehoben durch BGBl I 2018/28].	482

Zweiter Unterabschnitt Vermeidung paralleler Verfahren

§ 59 a. Mitteilung über ein Verfahren im Inland an eine Justizbehörde eines anderen Mitgliedstaates	482
§ 59 b. Beantwortung einer Mitteilung einer Justizbehörde eines anderen Mitgliedstaates	485
§ 59 c. Aufnahme von Konsultationen	486

Inhaltsverzeichnis

Dritter Unterabschnitt Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen

§ 60.	Allgemeine Voraussetzungen	487
§ 61.	Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe im Inland	489
§ 62.	Informationsaustausch	491

Vierter Unterabschnitt Eurojust

§ 63.	Aufgaben und Ziele	493
§ 64.	Nationales Mitglied	496
§ 65.	Mitglied der gemeinsamen Kontrollinstanz	500
§ 66.	Ersuchen an Eurojust	501
§ 67.	Verständigungspflichten	502
§ 68.	Behandlung von Ersuchen und Stellungnahmen von Eurojust	505
§ 68 a.	Nationales Eurojust-Koordinierungssystem	505

Fünfter Unterabschnitt Europäisches Justizielles Netz

§ 69.	Aufgaben und Ziele	507
§ 70.	Einrichtung von Kontaktstellen	509

Sechster Unterabschnitt Kontrollierte Lieferung

§ 71.	Allgemeiner Grundsatz	510
§ 72.	Zuständigkeit und Verfahren	511

Siebenter Unterabschnitt Verdeckte Ermittlungen

§ 73.	Voraussetzungen	514
§ 74.	Durchführung der verdeckten Ermittlung	516

Achter Unterabschnitt Erwirkung der Rechtshilfe Erster Unterabschnitt

§ 75.	Zustellung von Verfahrensurkunden	517
-------	---	-----

Zweiter Unterabschnitt

§ 76. Ersuchen um Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe	519
---	-----

Dritter Unterabschnitt**Einholung von Strafregisterauskünften über Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten**

§ 77. Voraussetzungen	520
§ 78. Inhalt und Form des Ersuchens	521
§ 79. Geschäftsweg	522
§ 80. Bedingungen für die Verwendung personenbezogener Daten	523

V. Hauptstück
Überwachung justizieller Entscheidungen**Erster Abschnitt****Überwachung von Entscheidungen über Bewährungsmaßnahmen und alternative Sanktionen, und Folgeentscheidungen****Erster Unterabschnitt****Überwachung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten**

§ 81. Voraussetzungen	524
§ 82. Unzulässigkeit der Überwachung	527
§ 83. Zuständigkeit	533
§ 84. Verfahren	534
§ 85. Entscheidung	536
§ 86. Wirkung der Übernahme der Überwachung	537
§ 87. Anpassung der Bewährungsmaßnahmen	537
§ 88. Fristen	539
§ 89. Aufschub der Entscheidung	539
§ 90. Folgeentscheidungen im Inland	540
§ 91. Rückübertragung und Folgeentscheidungen im Ausstellungsstaat	541
§ 92. Verständigung des Ausstellungsstaats in allen Fällen	543
§ 93. Wiederaufnahme des Verfahrens	544
§ 94. Kosten	544

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Überwachung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 95.	Befassung eines anderen Mitgliedstaats	544
§ 96.	Zurückziehung der Bescheinigung	548
§ 97.	Wirkung der Übernahme der Überwachung	548
§ 98.	Rückübertragung der Überwachung	549
§ 99.	Verständigung des Vollstreckungsstaats nach Rückübertragung	549

Zweiter Abschnitt

Überwachung von Entscheidungen über die Anwendung gelinderer Mittel

Erster Unterabschnitt

Überwachung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 100.	Voraussetzungen	549
§ 101.	Unzulässigkeit der Überwachung	553
§ 102.	Zuständigkeit	557
§ 103.	Verfahren	557
§ 104.	Entscheidung	559
§ 105.	Wirkung der Übernahme der Überwachung	560
§ 106.	Anpassung der gelinderen Mittel	560
§ 107.	Fristen	561
§ 108.	Aufschub der Entscheidung	561
§ 109.	Zuständigkeit für Folgeentscheidungen	562
§ 110.	Auskunftsersuchen	563
§ 111.	Verständigung des Anordnungsstaats	564
§ 112.	Unbeantwortete Verständigungen und Beendigung der Überwachung	565
§ 113.	Übergabe des Betroffenen	566
§ 114.	Kosten	567

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Überwachung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 115.	Befassung eines anderen Mitgliedstaats	567
§ 116.	Zurückziehung der Bescheinigung	571
§ 117.	Ersuchen um Fortsetzung der Überwachung	572
§ 118.	Entscheidung über Folgemaßnahmen	572
§ 119.	Wirkung der Übernahme der Überwachung	573

§ 120. Fortsetzung der Überwachung im Inland	573
§ 121. Verständigung des Vollstreckungsstaats	573

VI. Hauptstück

Anerkennung Europäischer Schutzanordnungen in Strafsachen

Erster Abschnitt

Anerkennung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 122. Voraussetzungen	574
§ 123. Antrag der geschützten Person im Inland	576
§ 124. Unzulässigkeit der Anerkennung	576
§ 125. Zuständigkeit	579
§ 126. Verfahren	580
§ 127. Entscheidung	581
§ 128. Verständigungspflichten des Vollstreckungsstaates ..	584
§ 129. Rechtsfolgen eines Verstoßes im Vollstreckungsstaat ..	585
§ 130. Zuständigkeit des Anordnungsstaates	586
§ 131. Folgen einer Änderung der Europäischen Schutzanordnung	587
§ 132. Aufhebung der erteilten Anordnungen	587
§ 133. Kosten	588

Zweiter Abschnitt

Erwirkung der Anerkennung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 134. Erlass einer Europäischen Schutzanordnung	588
§ 135. Befassung eines anderen Mitgliedstaats	590
§ 136. Änderung oder Zurückziehung der Europäischen Schutzanordnung	591
§ 137. Beantwortung von Ersuchen	592

VII. Hauptstück

Schluss-, Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen

§ 138. Verweisungen	593
§ 139. Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen zur Stammfassung	593
§ 140. Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen zu Novellen	595

Inhaltsverzeichnis

§ 141. Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union	600
§ 142. Vollziehung	601
Anlage 1: Anhänge I–XIX zum EU-JZG.	603
Anlage 2: EJN-Website – Maßnahmenverzeichnis	695
Anlage 3: ARHV.	698
Anlage 4: EU-JZV.	720
Stichwortverzeichnis	757